



Medienmitteilung

Bern / Basel, 26. Mai 2014

NEIN zur Einheitskasse – JA zu echten Reformen

Am 28. September 2014 stimmen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Volksinitiative zur Schaffung einer Einheitskasse ab. Die im Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen vertretenen Verbände und Unternehmen empfehlen einstimmig die Ablehnung dieser unsorgfältig formulierten Vorlage mit nicht absehbaren und vor allem nicht umkehrbaren Folgen. Das NEIN zur Einheitskasse ist eine wichtige Voraussetzung für sinnvolle Reformen unseres Gesundheitswesens.

In Umfragen äussern sich die Befragten stets positiv über das Schweizer Gesundheitssystem und sprechen sich für ein marktwirtschaftlich orientiertes Gesundheitswesen aus.

Dennoch besteht Verunsicherung im Zusammenhang mit den steigenden Krankenkassenprämien. Diese Verunsicherung wollen sich die Initianten zunutze machen und die Verstaatlichung unseres Gesundheitswesens Schritt für Schritt vorantreiben.

Das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen kommt in seinem Positionspapier über die Einheitskasse zum Schluss, dass ein NEIN zur Einheitskasse den Weg zu den Reformen ebnet, welche nötig sind, damit sich auch die nächste Generation eine erstklassige medizinische Versorgung leisten kann.

An der heutigen Medienkonferenz in Bern wurde das Bündnis vertreten durch die Vorstandsmitglieder Dr. Alain Cahen (CEO Unilabs AG), Dr. Andy Fischer (CEO Medgate AG, Vizepräsident Bündnis), Peter Fischer (VR-Präsident Spitalgruppe Lindenhof, Ex-CEO Visana), Dr. Peter Huber (Geschäftsführer Intergenerika - Verband der Generika-Hersteller), Dominique Jordan (Präsident pharmaSuisse - schweizerischer Apothekerverband), Prof. Robert Leu, (Gesundheitsökonom, Präsident Bündnis), Fabian Stadler (Generalsekretär FASMED - Dachverband der schweizerischen Medizintechnik), Florian Wanner (Sekretär Schweizerische Belegärzte-Vereinigung) und Hans Zeltner, Direktor des Verbandes der Nordwestschweizer Spitäler (VNS).

Sie fanden klare Worte an die Adresse der Initianten.

Prof. Robert Leu fasste seine Ausführungen mit einem klaren Resumé zusammen: „Der Systemwechsel würde zu erheblichen Mehrkosten und einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung führen. Wer das möchte, sollte Ja stimmen.“

Dr. Andy Fischer führte hierzu weiter aus: „Es ist mittlerweile klar erkannt, dass es unter einer Einheitskasse gemäss Formulierung des Initiativtextes zu teilweise massiven Prämiensteigerungen für Mittelstand und Familien kommen würde, da wegen der Einheitsprämie Sparmöglichkeiten wie Kinderverbilligungen, Wahlfranchisen und alternative Versicherungsmodelle (Hausarztmodelle, Telemedizin etc.) wegfallen würden. Eine Schweizer Familie mit vier Kindern müsste so unter Umständen eine Prämiensteigerung von 80% verkraften. Auch wenn die Initianten nun behaupten, dies sei nicht so gemeint: Lesen wir einfach den vorgelegten Text, so wie er später in der Verfassung stehen soll.“

Hans Zeltner betonte, dass diese Initiative in die falsche Richtung laufe, weil deren Umsetzung zu einer weiteren, vollkommen unnötigen Überregulierung im System führen würde.

Hierzu **Peter Fischer** weiter: „Als Präsident eines grossen Spitals befürchte ich vor allem die weitere Verbürokratisierung der Medizin mit einer klaren Tendenz hin zur Nivellierung der medizinischen Qualität nach unten. Dass dies nicht im Sinne der Patientinnen und Patienten ist, liegt auf der Hand.“

Für **Peter Huber** wird der Verlust an Wahlfreiheit im Versicherungsbereich auch andere Auswirkungen auf die Patienten haben: „Erfahrungen aus dem Ausland lassen darauf schliessen, dass der Verlust der Wahlfreiheit beim Versicherer auch zu einer Einschränkung der Wahlfreiheit bei den Medikamenten führt. Das ist nicht im Sinne der Patienten. Verbessern müsste man bei den Arzneimitteln die Anreizsysteme und zwar so, dass alle Beteiligten Interesse an einem möglichst guten Preis-Leistungs-Verhältnis haben und nicht an möglichst hohen Preisen. Dann würde ein funktionierender Wettbewerb die immer höher Regulierungsdichte obsolet machen.“

Aus den präsentierten Gründen gegen eine Einheitskasse gemäss Positionspapier sei ein Aspekt hervorgehoben, der bis jetzt nicht Teil der öffentlichen Diskussion war: Die Schaffung einer Einheitskasse würde zahlreiche Versicherer verschwinden lassen. Was passiert mit den Zusatzversicherten? Diese würden höchstens zum Teil von „überlebenden“ Versicherern übernommen. Vor allem ältere und chronisch kranke Personen würden keinen Versicherer mehr finden. Ist das ein sozialer Effekt?

Das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen fordert für die Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung und der medizinischen Versorgung folgende Massnahmen:

- Deziertes Vorgehen gegen die wilde Maklertätigkeit, indem das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) endlich Anzeigen gestützt auf das revidierte Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) stellt, wenn Personen mit Sterneintrag oder ohne Eintrag im Telefonverzeichnis gegen ihren Willen belästigt werden. Die UWG-Bestimmungen machen branchenspezifische Verbote überflüssig.
- Beenden der übermässig zahlreichen Versichererwechsel jedes Jahr durch Schaffung eines Anreizsystems mit längerfristigen Verträgen auf freiwilliger Basis.
- Ohne Tarifgenehmigungen bzw. Festsetzungen durch Kantone oder Bund werden die Blockaden zwischen den Tarifpartnern beseitigt und durch das unternehmerische Verhandlungsgeschick bzw. –risiko ersetzt. Taktieren im Hinblick auf ein staatliches Eingreifen ist dann nicht mehr möglich. Durch die Einsetzung eines Schiedsgerichtes mit Fachkompetenz und den möglichen Weiterzug an das Bundesverwaltungsgericht ist der Rechtsweg sichergestellt. Ferner garantiert das Kartellrecht, dass sich die Tarifpartner nicht auf Kosten der Versicherten oder Steuerzahler einigen.
- Ein Rekursrecht für direkt betroffene Akteure gegen Kostenentscheide von Versicherern muss geschaffen werden.

- Eine transparente, umfassende und faire Wirtschaftlichkeitsprüfung mit Rechnungskontrollen gegenüber den Leistungserbringern nach justiziablen Kriterien muss rasch umgesetzt werden.
- Im Bereich der seltenen Krankheiten, von denen vor allem Kinder betroffen sind, herrscht Handlungsbedarf: Gesetzgeber und Versicherer müssen rasch Transparenz schaffen und einheitliche Kriterien definieren, nach denen die Abgeltung von Leistungen mit einem Minimum an Bürokratie und ohne Zeitverlust geprüft werden kann.
- Die vertrauensärztlichen Dienste müssen nach transparenten und klaren Richtlinien funktionieren und für Patienten, behandelnde Fachpersonen und Versicherer Klarheit in medizinischen Fragen und Rechtssicherheit schaffen.
- Versicherer müssen ein Case Management aufbauen für alle Patienten mit langwierigen und teuren Behandlungen. Dazu gehören ein Coaching ihrer Versicherten, die optimale Wirkung der Behandlung und die Steigerung der Lebensqualität.

Dominique Jordan fasste die Problemstellung und den zu beschreitenden Weg wie folgt zusammen: „Wir befinden uns heute in einer Situation, in der, durch die bevorstehende Abstimmung, die Stimmbürger unser Gesundheitssystem aus einer Laune heraus in einen Staatsbetrieb umkippen können, das nicht die vom Volk gewünschte Verbesserung, sondern viele Probleme mit sich bringen würde. Aus diesem Grund, – und weil das Parlament keine Möglichkeit für einen Gegenvorschlag gegeben hat – sind die Schweizer Apotheker, als Vertreter eines freien Berufs, der Meinung, dass die Reformen im bestehenden System vorgenommen werden sollen, anstatt Extrem Lösungen wie die Einheitskasse umzusetzen. Die Herausforderung für die Krankenversicherer ist, die nötigen Garantien zu geben, welche die Schweizer Bevölkerung, die Akteure des Gesundheitswesens und die Politiker davon überzeugen, dass nach einem Sieg einer Volksabstimmung die Reformen wirklich durchgeführt werden - und dies so schnell wie möglich.“

Kontakt: Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen, Geschäftsstelle, Henric Petri-Strasse 19, 4051 Basel - Geschäftsführer: Andreas Faller, 079 / 415 33 37

Breit abgestützte und branchenübergreifende Vereinigung mit hoher Legitimation

Am 5. September 2013 ist in Bern das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen gegründet worden. Mittlerweile gehören dem Bündnis bereits 18 grosse Verbände und Unternehmen aus allen Bereichen des schweizerischen Gesundheitswesens an. Der Vorstand setzt sich aus 21 Top-Exponenten des schweizerischen Gesundheitswesens zusammen.

Das Bündnis ist dank des branchenübergreifenden Charakters und seiner Grösse einzigartig in der schweizerischen Gesundheitslandschaft und schöpft die Legitimation zur Mitwirkung an der Meinungsbildung aus seiner Grösse, seiner breiten Abstützung und der Fachkompetenz seiner Mitglieder.

Das Bündnis engagiert sich für ein marktwirtschaftliches, wettbewerbliches, effizientes, transparentes, faires und nachhaltiges Gesundheitssystem mit einem Minimum an staatlichen Eingriffen und Wahlfreiheit für Patientinnen / Patienten, Versicherte und Akteure unseres Gesundheitswesens. Nur so bleibt genug Raum für Innovation sowie eine Optimierung von Behandlungsqualität und Patientensicherheit.

Das Bündnis kann auf Internet unter www.freiheitlichesgesundheitswesen.ch und auf Facebook unter „Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen“ besucht werden.